

Kettenduldungen beenden – humanitäres Bleiberecht sichern

Die Evangelische Kirche in Deutschland, die Katholische Deutsche Bischofskonferenz und ihre Wohlfahrtsverbände Diakonisches Werk und Deutscher Caritasverband fordern eine Verlängerung der gesetzlichen Bleiberechtsregelung und die Berücksichtigung humanitärer Gesichtspunkte¹.

Mit Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes am 01.01.2005 sollten die Kettenduldungen abgeschafft werden. Ende 2005 lebten immer noch fast 200 000 Personen mit einer Duldung in Deutschland². Die Bleiberechtsregelungen von 2006 und 2007 sollen geduldeten Familien und Einzelpersonen, die bereits viele Jahre in Deutschland leben und gut integriert sind, ein humanitäres Aufenthaltsrecht vermitteln. Von den 35.040 Personen, denen bundesweit eine Aufenthaltserlaubnis nach der gesetzlichen Bleiberechtsregelung von 2007 erteilt wurde, haben 28.483 Personen diese nur auf Probe ausgestellt bekommen³. Im Kirchenkreis Jülich leben ungefähr 200 Flüchtlinge⁴, die eine Aufenthaltserlaubnis befristet bis zum 31.12.2009 erhalten haben. Können diese Menschen die mit der Bleiberechtsregelung verbundenen Anforderungen wie eigenständige Lebensunterhaltssicherung durch Erwerbstätigkeit nicht erfüllen, wird ihnen der Aufenthaltstitel Anfang nächsten Jahres entzogen. Die Flüchtlinge fallen dann wieder auf die Duldung zurück und sind von Abschiebung bedroht.

Voraussetzungen der Bleiberechtsregelung 2007

- Aufenthaltsdauer von 6 Jahren für Familien und 8 Jahren für Alleinstehende (Stichtag: 01.07.2001)
- Nachweis von Sprachkenntnissen
- Schulbesuch der Kinder
- Sicherung des Lebensunterhalts durch Erwerbseinkommen (das geforderte Einkommen liegt ca. 30 % über dem Regelsatz von SGB II Empfängern)
- Ausreichender Wohnraum
- Erfüllung der Pass- und Mitwirkungspflichten
- Keine Straftaten (Ausschluss bei über 50 Tagessätzen bzw. 90 Tagessätzen, bei Straftaten, die nur von Ausländern begangen werden können)

Nur ein kleiner Teil der Flüchtlinge kann alle diese Voraussetzungen erfüllen, sodass die Bleiberechtsregelung ins Leere zu laufen droht. Insbesondere die vollständige Sicherung des Lebensunterhalts durch Erwerbstätigkeit ist für Familien mit mehreren Kinder angesichts der Wirtschaftskrise nicht erfüllbar.

Forderungen zur Bleiberechtsregelung

- Verlängerung der Fristen der gesetzlichen Bleiberechtsregelung zur Arbeitsaufnahme und beruflichen Qualifizierung
- Aufhebung der Stichtagsregelung und Einführung einer Mindestaufenthaltsdauer

¹ Siehe www.aktion-bleiberecht.de/aufruf.htm

² Siehe Bericht zur Evaluierung des Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz), Bundesministerium des Innern, Juli 2006.

³ Siehe www.aktion-bleiberecht.de

⁴ Zusätzlich leben im Kirchenkreis Jülich ca. 600 geduldete Personen, die grundsätzlich von Abschiebung bedroht sind.

- Angemessene Berücksichtigung humanitärer Gesichtspunkte (Ausnahmen von der Lebensunterhaltssicherung für alte, kranke und pflegebedürftige Personen sowie für kinderreiche Familien und Alleinerziehende)
- Ermessensspielraum im Einzelfall (bzgl. Stichtag, Mitwirkungspflichten, geringfügiger Straftaten)
- Trennungen von Familien vermeiden

Heike Winzenried

(Flüchtlingsberatung, Diakonisches Werk des Kirchenkreises Jülich)